

Protokoll
über die 43. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am
06.09.2023

Beginn: 17:15 Uhr
Ende: 18:45 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin, Raum E.070

Anwesenheit

Vorsitzender

Block, Wolfgang entsandt durch Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Dorfmann, Regina entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klemkow, Gret-Doris entsandt durch SPD-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Claussen, Norbert	entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Gagzow, Martin	entsandt durch freie Träger
Glüer, Matthias	entsandt durch freie Träger
Mielke, Axel	entsandt durch freie Träger
Gajek, Lothar	entsandt durch Zählergemeinschaft
Hagen, Olaf	entsandt durch freie Träger
Timmermann, Kristina	entsandt durch freie Träger

stellvertretende Mitglieder

Bolte, Julian	entsandt durch AFD-Fraktion
Brumme, Astrid	entsandt durch freie Träger
Munzert, Thomas	entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Schmidtke, Nadine Anastasia	entsandt durch Unabhängige Bürger

beratende Mitglieder

Mundt, Dennis Agentur für Arbeit

Verwaltung

Gabriel, Manuela	Verwaltung
Rickert, Juliane	Verwaltung
Trauth, Martina	Verwaltung

Verwaltung

Gäste

Gast

Gast

Leitung: Wolfgang Block

Schriftführer: Janine Thalheim

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 42. Sitzung vom 05.07.2023 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Finanzielle Mehrbedarfe nach §§ 11 - 13 SGB VIII
5. Mitteilung der AG Kindertagesbetreuung
6. Mitteilung der AG Hilfen zur Erziehung
7. Mitteilung der AG Jugendarbeit, Jugendsozial- und Schulsozialarbeit
8. Mitteilung des UA Jugendhilfeplanung
9. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende Herr Block eröffnet die 43. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

Der Ausschussvorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Trauth regt an, den Tagesordnungspunkt 4 „Finanzielle Mehrbedarfe nach §§ 11-13 SGB VIII“ in den nicht öffentlichen Teil zu verlegen, da es sich hierbei um Personal- und keine Haushaltsdaten handelt. Herr Claussen hinterfragt, ob dies rechtlich zulässig sei.

Herr Gajek bittet um eine Auszeit, um beurteilen zu können, ob eine Verlegung in den nicht öffentlichen Teil erfolgen könnte. Nach der Auszeit wird über die Änderung der Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	7

Die Tagesordnung wird nicht geändert.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird nicht geändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	7

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 42. Sitzung vom 05.07.2023 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Seitens Herrn Hagens gibt es einen Änderungswunsch der Sitzungsniederschrift der 42. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Änderung im Tagesordnungspunkt 7 Mitteilung der AG Hilfen zur Erziehung im Protokoll der 42. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 05.07.2023:

"Herr Hagen sieht die jetzige Fassung ebenfalls als maßgeblich, weist jedoch darauf hin, dass **er nicht einschätzen könne, ob** einige Punkte

rechtlich nicht sachgerecht seien und nachgearbeitet werden müssen.“

Herr Block gibt das Protokoll unter Berücksichtigung der Änderung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die geänderte Sitzungsniederschrift der 42. Si 05.07.2023 (öffentlicher Teil) unter Berücksichtigung der Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	5

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Frau Trauth berichtet, dass Frau Rickert die kommissarische Leitung weiterhin ausübt. Parallel ist das Besetzungsverfahren zur Auswahl der neuen Fachdienstleitung intern beendet. Frau Lisa Hirschberg wird sich nunmehr in den Gremien vorstellen und sodann am 01.01.2024 die Fachdienstleitung übernehmen. Herr Claussen fragt an, ob der Jugendhilfeausschuss am Auswahlverfahren beteiligt wurde. Herr Block bestätigt, dass die Vorsitzenden wie immer zum Bewerbungsverfahren eingeladen wurden.

Frau Trauth berichtet über die aktuelle Situation im Kinder- und Jugendnotdienst. Der KSV hat die vereinbarte Überbelegung von 2 Plätzen untersagt. Dies führt zu einiger Bedrängnis, da der Kinder- und Jugendnotdienst regelmäßig ausgelastet ist. Man befinde sich in der Lösungsfindung, auch in Zusammenarbeit mit dem KSV, den man gem. § 85 SGB VIII um Unterstützung und Beratung gebeten habe.

Herr Mielke führt dazu aus, dass der KSV seit Februar gebeten habe, eine Lösung zu finden. Seit 2 ½ Jahren wurde auch im Rahmen des Jugendhilfeausschusses die Überbelegung fortwährend thematisiert und die Verwaltung habe keine Lösungsvarianten vorgeschlagen. Zwischen dem freien Träger und der Verwaltung liegen Diskrepanzen vor, weshalb man sich auch an den Oberbürgermeister gewandt und um einen gemeinsamen Termin gebeten habe.

Frau Trauth finde die Vorgehensweise bedauerlich und schlug vor, die Thematik wie geplant bilateral zu klären und eine gemeinsame Lösung zu finden. Bezüglich der Thematik gebe es unterschiedliche Sichtweisen, die man gerne gemeinsam klären möchte. Herr Mielke merkt an, dass die Verwaltung in der Lösungsfindung nicht auf die AWO zugegangen sei.

Herr Claussen bittet auch über solche Vorgänge im Rahmen der Mitteilung der Verwaltung informiert zu werden.

Frau Gabriel führt zum geplanten 4. Änderungsgesetz des KiföG M-V und dem Landesrahmenvertrag aus. Man befinde sich im Schlichtungsverfahren und werde über den Sachstand informieren, sobald neue Informationen vorliegen. Da

beide Rechtssetzungsverfahren für die Landeshauptstadt Schwerin bindend sind, sollten diese abgewartet werden, bis in eine Evaluierung des in der Kita-Satzung geregelten Personalschlüssels eingestiegen wird.

zu 4 **Finanzielle Mehrbedarfe nach §§ 11 - 13 SGB VIII**

Bemerkungen:

Herr Block führt in die Thematik ein. Die Liste liegt vor. Herr Mielke fragt nach dem Umgang mit den Mehrbedarfen. Herr Hagen führt dazu aus, dass man bezüglich der Thematik auf das Land zugehen soll, weil zum Beispiel die Dynamisierungen bei der ESF-Förderung nicht nachvollziehbar sei. Andere Kommunen, beziehungsweise der Städte- und Gemeindetag sollten mit einbezogen werden. Es fand eine rege Diskussion statt. So wurde auf die Notwendigkeit der Mehrbedarfe durch die bei der Antragsstellung unvorhergesehenen Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die Energie- und Lebenserhaltungskosten verwiesen. Aufgrund des Fachkräftemangels stehe man signifikant unter Druck, wenn man die Tarife nicht an den öffentlichen Dienst angleiche.

Frau Rickert führt zu der Liste aus, dass es sich um die reine Erfassung der Mehrbedarfe der freien Träger handle, man habe diese bisher nicht prüfen können. Da eine beschlossene Haushaltssatzung gibt, sind die Möglichkeiten der Verwaltung im Umgang mit den Mehrbedarfen begrenzt. Frau Trauth ergänzt dazu, dass es sich um eine Entscheidung der Politik und der Stadtvertretung handeln müsse.

Es wird nach den Ergebnissen der Haushaltsprognose gefragt, um die Bedarfe im Zusammenhang betrachten zu können, diese wird allerdings frühestens für die Sitzung im Oktober vorliegen. Die Budgethoheit liegt bei der Stadtvertretung, der Jugendhilfeausschuss kann die Fördermittel nur im gegebenen Rahmen verteilen. Es wird mehrfach betont, dass daher eine Entscheidung mit dem Umgang der Mehrbedarfe durch die Politik und der Stadtvertretung erfolgen müsse. Eine Möglichkeit wäre die Aufnahme der Mehrbedarfe in die überplanmäßigen Ausgaben. Die Bezeichnung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit als freiwillige Leistungen wird kritisch gesehen, aus haushälterischer Sicht ist dies aber ein Faktum.

Herr Claussen kritisiert den Umgang der Verwaltung mit den gemeldeten Mehrbedarfen, man könne die freien Träger nicht länger warten lassen und stellt den Antrag.

„Der Jugendhilfeausschuss fordert die Verwaltung auf, umgehend einen Lösungsvorschlag für den Umgang mit den Mehrbedarfen vorzulegen, da für die Betroffenen ein Zuwarten bis zu einer Entscheidung der Stadtvertretung bis zum Jahresende nicht zumutbar ist.“

Der Antrag wird diskutiert, es wird angemerkt, dass die Handlungsmöglichkeiten des Fachdienstes begrenzt sind, man durch den Antrag Zeit verlieren werde und andere Wege bereits aufgezeigt wurden. Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 5

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Antrag zu.

Frau Dorfmann schlägt vor, die Thematik in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu verweisen, damit man gemeinsam zeitnah alternative Lösungsvorschläge beraten könne.

Auf Nachfrage von Herrn Claussen bestätigt Herr Gagzow die Dringlichkeit der Mehrbedarfe und dass man ansonsten im Jahr 2024 Stellen werde streichen müssen. Es wird gebeten die nächsten Termine der Stadtvertretung, des Jugendhilfeausschusses und des Unterausschusses Jugendhilfeplanung im Protokoll aufzulisten.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung: 20.09.2023

Stadtvertretung: 25.09.2023

Jugendhilfeausschuss: 04.10.2023

Jugendhilfeausschuss: 08.11.2023

Stadtvertretung: 20.11.2023

Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Die Thematik wird in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen.

zu 5 Mitteilung der AG Kindertagesbetreuung

Bemerkungen:

Herr Mielke informiert über die Sitzung der AG Kindertagesbetreuung. Das Protokoll wurde den Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Es wurde unter anderem der erste Entwurf der 15. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung und das 4. Änderungsgesetz KiföG M-V thematisiert. Herr Mielke bat die freien Träger der Kindertagesstätten sich intensiv mit der Novelle zu beschäftigen, da die Zeitspanne für Stellungnahmen sehr kurz sei. Möglicherweise könne man sich die Stellungnahmen gegenseitig zur Verfügung stellen, um kooperativ und einheitlich agieren zu können. Es steht im Raum, dass einige Kindertagespflegepersonen ihre Tätigkeit aufgeben werden, dies würde einen dramatischen Einschnitt bedeuten.

zu 6 Mitteilung der AG Hilfen zur Erziehung

Bemerkungen:

Frau Brumme informiert über die letzten Sitzungen der AG Hilfen zur Erziehung.

Die Protokolle wurden den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.
Es kam zu einem Dissens zum Bedingungsrahmen unter anderem auch zum Ablauf des Hilfeplanverfahren, es wurden zwei Sondersitzungen durchgeführt. Die Abstimmung des letzten Protokolls führte ebenfalls zu einem Dissens. Es fand ein weiterer Termin zwischen Frau Vahl, Frau Robrahn, Frau Brumme und Herrn Marquardt statt. Es wurde eine Zuarbeit bis zum 15.09.2023 zu den Entwicklungszielen des ASD's und eine Skizzierung der Schritte zur Einhaltung des Bedingungsrahmens verabredet. Man fand zu dem Kompromiss, dass die Fristen im Hilfeplanverfahren Orientierungsgrößen seien, die in der Regel einzuhalten seien.
Über den Sachstand wird in der nächsten AG HzE berichtet.

zu 7 Mitteilung der AG Jugendarbeit, Jugendsozial- und Schulsozialarbeit

Bemerkungen:

Die AG Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit hat seit der letzten Sitzung nicht wieder getagt.
Auf Nachfrage von Frau Dorfmann zum Sachstand der Trägerverbandsarbeit sichert Herr Glüer zu, im nächsten Jugendhilfeausschuss zu der Thematik zu berichten.

zu 8 Mitteilung des UA Jugendhilfeplanung

Bemerkungen:

Frau Dorfmann berichtet, dass der Unterausschuss (UA) Jugendhilfeplanung am 12.07.2023 tagte, aber nicht beschlussfähig gewesen sei.
Sie bat die Mitglieder zukünftig um Abmeldung, damit der Termin ggf. verschoben werden kann.
Der Vorschlag der Verwaltung wird in der nächsten Sitzung erneut beraten. Die nächste Sitzung findet am 20.09.2023 statt.

zu 9 Sonstiges

Bemerkungen:

Frau Brumme erkundigt sich bezüglich der Antragsstellung des Härtefallfonds zur Vorgehensweise, da die Anträge bei der Kommune gestellt werden müssten. Da die Antragsstellung sehr aufwendig und die Frist bis zum 30.09.2023 sehr kurz sei, bitte man um Informationen zur Vorgehensweise. Frau Rickert bestätigte, dass die Antragsstellung bei der Kommune erfolgen müsse und man dann die Anträge im Rahmen der Möglichkeiten bearbeiten und prüfen werde.

Herr Hagen teilt mit, dass aufgrund der Finanzdebatte um die Kindergrundsicherung bereits mehrere Bundesprogramme kurzfristig aufgelöst wurden. Dies betrifft unter anderem die drei Stellen der Respektcoaches der Sozial-Diakonische Arbeit – Evangelische Jugend, die nach diesem Jahr nicht weiter gefördert werden.

Aus den Protokollen des Trägerverbundes III war zu entnehmen, dass an der Sitzung die Polizei teilgenommen hat. In dem Zusammenhang wurde der Anstieg

an Gewalt an der Astrid-Lindgren-Schule thematisiert. Hier bedarf es einer Entwicklung von Handlungsstrategien.
Herr Glüer führte dazu aus, dass die Konflikte überwiegend in der Schule verbleiben und es sich unter anderem um Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Nationengruppen handelt.

gez. Wolfgang Block

Vorsitzende/r

gez. Janine Thalheim

Protokollführer/in